

Wir lassen uns nicht verkaufen - weder für dumm noch im Bieterverfahren!



Die Wiesbadener Erklärung zur kommunalen Trägerschaft der HSK zeigt: Die Belegschaft der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) lehnt eine Privatisierung ab. Sie will, dass die HSK-Kliniken zu 100 Prozent in kommunaler Hand und Verantwortung bleiben.

Weder Transparenz noch echtes Vetorecht

Der Ausstieg der Vertreter der Belegschaft aus der eigens für die Privatisierung gegründeten Projektgruppe hat zu Tage gefördert: Von Transparenz oder gar einem echten Vetorecht der Belegschaft im Privatisierungsprozess wollen die Verantwortlichen im Wiesbadener Magistrat nichts wissen.

Dass die HSK-Belegschaft aus guten Gründen der Privatisierung widerspricht und die ver.di-Betriebsgruppe HSK mit ihren jüngsten Protestaktionen in der Innenstadt bei der Bevölkerung auf breites Interesse gestoßen ist, passt den Privatisierern der Wiesbadener CDU/SPD-Koalition nicht ins Konzept. Ein Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN zur Unterstützung der Wiesbadener Erklärung fand in der Stadtverordnetenver-

sammlung in namentlicher Abstimmung nur bei den Grünen Unterstützung. Die Mehrheit aber stimmte dagegen.

Um von ihren Blößen abzulenken, hat die CDU/SPD-Koalition mit ihrem Klinikdezernenten Arno Goßmann (SPD) jetzt einen Nebenkriegsschauplatz eröffnet. Mit einem weiteren Fünf-Millionen-Kredit an die HSK will sie sich als „Retterin“ der HSK in Szene setzen.

Damit soll die Belegschaft weichgeklopft und die rasche Privatisierung als angeblich einzige Alternative durchgedrückt werden. Somit verhält sich der Wiesbadener Magistrat wie ein Autofahrer, der mit

Vollgas in eine Nebelwand rast. Augen zu und durch.

Fragen über Fragen

Die neuerlichen Meldungen über ein explodierendes Defizit der HSK werfen viele Fragen auf. Warum ist die Entwicklung ausgerechnet seit Sommer, also seit der ersten Weichenstellung pro Privatisierung, aus dem Ruder gelaufen? Wo liegen die Ursachen? Ist der laufende Betrieb defizitär oder liegen die Gründe woanders? Wie stünden die HSK ohne die jährlich anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen in Millionenhöhe da? >>>>>

Aktionsbündnis gegen HSK-Privatisierung

Noch ist die (Teil-)Privatisierung der HSK nicht beschlossen. Noch können die Beschäftigten und Gegner einer Privatisierung öffentlich aufklären und etwas dagegen unternehmen.

Zur **Gründung eines Bündnisses für eine kommunale HSK** lädt nun der ver.di-Bezirk Wiesbaden ein. Alle, die mitmachen wollen, treffen sich

>>>> **am Freitag, 25.11.2011, um 14 Uhr**

>>>> **in der ver.di-Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 61, Wiesbaden.**

Lasst uns ein mächtiges und attraktives Bündnis bilden, damit die HSK **H**uman, **S**ozial und **K**ommunal bleibt.



Fortsetzung von der Vorderseite:

Wir lassen uns nicht verkaufen - weder für dumm noch im Bieterverfahren!

Weshalb ausgerechnet jetzt auch noch ein fragwürdiger Klinikneubau für über 200 Millionen Euro? Warum haben Stadt und Land die HSK in der Vergangenheit nicht ausreichend mit Geldern zur Finanzierung von Bauten, Sanierungsmaßnahmen und medizinischen Geräten ausgestattet? Wie haben sich der Kauf der Wilhelm-Fresenius-Klinik (WFK) und die Bestellung fragwürdiger Gutachten für rund 14 Millionen Euro ausgewirkt? Warum arbeiten andere kommunale Kliniken kostendeckend? Hat die derzeitige Geschäftsführung wirklich mit voller Kraft an einer Lösung der Probleme gearbeitet?

Falsche Therapie

Belegschaft und Öffentlichkeit müssen erfahren, wer wo welche Fehlentscheidungen zu verantwor-

ten hat. Eine Privatisierung jedenfalls ist die falsche Therapie. Denn die daran interessierten Konzerne werden keine Schulden übernehmen und uns auch nicht mit Millionen aus ihrer „Kriegskasse“ beglücken. Sie wollen Rendite erwirtschaften und hinterher mehr Geld herausziehen als sie reingesteckt haben. Das geht nur zu Lasten der Beschäftigten und der Patienten. Rhön, Asklepios, Ameos und andere private Klinikkonzerne haben dies anderswo hinreichend demonstriert.

Der (noch) kommunale Konzern „Gesundheit Nordhessen“ ist im Umgang mit seiner Belegschaft und mit Tarifverträgen kein Vorbild. Und wer kann garantieren, dass Stadt und Landkreis Kassel eines Tages nicht auch ihren eigenen Konzern „Gesundheit Nordhessen“ privatisieren?

- Ein Krankenhaus der Maximalversorgung darf nicht der Erwirtschaftung privater Rendite dienen. Selbst eine Teilprivatisierung führt zu einem hohen Druck. Eine gute Gesundheitsversorgung darf kein lästiger Kostenfaktor sein.
- Wenn Magistrat und Rathaus-Mehrheit etwas Gutes für unsere kommunale Klinik tun wollen, dann sollen sie die HSK komplett entschulden, anstatt mit neuen Krediten zu belasten. Statt Privatisierung wäre ein Verbund kommunaler Kliniken auf gleicher Augenhöhe der vorteilhaftere Weg für alle.
- Schluss mit der Bevormundung der Beschäftigten! Lasst endlich die HSK-Belegschaft ran! Sie ist hochkompetent und weiß noch am besten, wie der Betrieb optimal laufen kann. (Stand: 21.11.2011)

Wir dokumentieren:

Antrag der Fraktion LINKE & PIRATEN Wiesbaden für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 2011 (Auszüge):

(...) Die dramatische wirtschaftliche Entwicklung der Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) (...) sowie die ausgebliebenen Sanierungserfolge der letzten Jahre lassen befürchten, dass weder die Geschäftsführung der HSK noch die politisch Verantwortlichen an einer erfolgreichen Sanierung interessiert sind und alle Anstrengungen ausschließlich auf die geplante (Teil-) Privatisierung ausgerichtet sind.

Eine (Teil-)Privatisierung der HSK ist keine Lösung, die von den Beschäftigten der HSK unterstützt wird. In der (...) „Wiesbadener Erklärung“ (...) ist ein klares Bekenntnis zum Erhalt der HSK als kommunales Krankenhaus formuliert worden.

In Deutschland gibt es genügend Beispiele, wie Krankenhäuser der Maximalversorgung in kommunaler Trägerschaft es aus eigener Kraft schaffen (...) Defizite abzubauen und wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten.

■ Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die „Wiesbadener Erklärung zur kommunalen Trägerschaft der HSK“.

■ Der Magistrat möge berichten, wie es zu der eklatanten Defiziterhöhung ab Juli 2011 kommen konnte. Des Weiteren möge der Magistrat berichten, ab wann der Aufsichtsrat der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken von dem erheblich von den Prognosen abweichenden Geschäftsverlauf informiert war und welche Gegenmaßnahmen der Aufsichtsrat ergriffen hat.

■ Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, auf die (Teil-)Privatisierung der HSK zu verzichten. (...)

Impressum: DIE LINKE. Kreisverband Wiesbaden, Römerberg 9, 65183 WI. Tel. 0611 30 86 498 oder 0611 40 68 07 oder 0173 65 28 418. hans-gerd.oefinger@die-linke-hessen.de. Text: Hans-Gerd Öfinger, V.i.S.d.P. Jörg Jungmann.